

dbb beamtenbund und tarifunion      Gesundheitsgewerkschaft Niedersachsen (GeNi)  
komba gewerkschaft niedersachsen      Kommunalen Arbeitgeberverband Niedersachsen  
Marburger Bund – Landesverband Niedersachsen  
Niedersächsische Krankenhausgesellschaft      Niedersächsischer Landkreistag  
Niedersächsischer Pflegerat      Niedersächsischer Städtetag  
Verband der Krankenhausdirektoren – Landesgruppe Niedersachsen  
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) – Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

**Offener Brief  
an die  
niedersächsischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages  
an die  
Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages**

Hannover, 1. Oktober 2008

**Situation der Krankenhäuser**

**hier: Hilfe durch das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG)**

**Sehr geehrte Abgeordnete,**

die niedersächsischen Krankenhäuser mit all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern brauchen dringend Ihre Unterstützung.

125.000 Klinikbeschäftigte aller Berufsgruppen aus allen Trägereinrichtungen sind am 25. September in Berlin „auf die Straße gegangen“ um ihre Entschlossenheit im Kampf für eine angemessene Krankenhausfinanzierung zu dokumentieren.

Der am Vortag von der Bundesregierung vorgelegte Kabinettsentwurf zur Krankenhausfinanzierung ist für alle Beteiligten eine große Enttäuschung. Offensichtlich sind die Realitäten in den Kliniken immer noch nicht in der Wahrnehmung der Bundesregierung angekommen.

Öffentlich wird eine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung von 3 Mrd. Euro angekündigt. Das ist eine Mogelpackung. Denn bisher einbehaltene Bestandteile der Klinikbudgets sind in den 3 Mrd. Euro enthalten.

Nach nunmehr fünf „Nullrunden“ bleiben von der vom BMG angekündigten finanziellen Verbesserung für die Krankenhäuser lediglich knapp 1,5 Mrd. Euro übrig, das sind gerade einmal ca. 20% der in den letzten zwei Jahren aufgelaufenen Belastungen. Fast 5 Mrd. Euro sollen unfinanziert bei den Kliniken verbleiben. Das kann und darf man nicht als gutes Angebot bezeichnen.

...

Nach dem Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen in deutschen Krankenhäusern, davon 50.000 in der Pflege, allein in den vergangenen Jahren würde der Stellenabbau bei der durch das aktuelle „Angebot“ weiter bestehenden Unterfinanzierung weitergehen. Die Zahl der Krankenhäuser mit roten Zahlen würde die 50%-Marke überschreiten, die Insolvenzgefahr hinsichtlich Ort und Ausmaß unkalkulierbar. Wut und Enttäuschung der Beschäftigten in den Krankenhäusern würden in den Himmel wachsen. Dies kann auch Ihren Wahlkreis betreffen!

Wir fordern Sie daher auf, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens auf folgende Änderungen des Kabinettsentwurfs zu drängen:

- ?? Die vom BMG bereits anerkannte Abschaffung der Rechnungsabschläge für Integrierte Versorgung (1%) und für den „Solidarbeitrag“ der Krankenhäuser für die Krankenkassen (-0,5%) sollten ohnehin planmäßig auslaufen. Diese Rücknahme der Kürzungen sind keine „Budgetzuwächse“. Sie dürfen deshalb auch nicht auf das „Hilfsprogramm“ (wie aktuell vom BMG vorgenommen) angerechnet werden.
- ?? Die Krankenhäuser benötigen darüber hinaus eine umfassende Finanzierung der Kostensteigerungen (insbesondere die volle Refinanzierung der Tarifsteigerungen). Die Lücke beträgt 6,7 Mrd. und nicht 3 Mrd. Euro
- ?? Die Verbesserung der Besetzung im Pflegedienst mit 21.000 Stellen muss zu 100% (statt wie geplant zu 70%) finanziert werden. Sonst kommt diese dringend notwendige Hilfe, gerade bei den Krankenhäusern, die hier am dringendsten Unterstützung benötigen, nicht an. Ein Krankenhaus, das rote Zahlen schreibt, kann keine zusätzliche Belastung durch die Finanzierung von 30% der Tarifkosten für zusätzliche Stellen tragen. Im Gegenteil steht eher zu befürchten, dass es stattdessen zu weiterem Personalabbau aufgrund der unfinanzierten Gehälter kommen muss. Das Ergebnis verkehrt sich in das Gegenteil: Ein versprochener Stellenaufbau führt zu einem Stellenabbau. Diese paradoxe Ergebnis wäre fatal und würde heftige politische Frustrationen und Widerstände hervorrufen.

**Sehr geehrte Abgeordnete,**

wir konnten hoffentlich verdeutlichen, dass es sich bei unseren Forderungen nur um Korrekturen innerhalb des laufenden Gesetzgebungsverfahrens handelt. Diese sollen der Schadensbegrenzung dienen und sind der überaus großen Eile zur Umsetzung des Gesetzes geschuldet.

Sollten unsere und die Erwartungen der 1 Mio. Klinikbeschäftigten enttäuscht werden, wird der öffentliche Streit um die Krankenhausfinanzierung weitergehen. Wir bitten Sie, die Situation und Stimmung in den Kliniken nicht falsch einzuschätzen. Der 25. September 2008 – die bisher größte Demonstration eines bemerkenswert breiten Aktionsbündnisses im Gesundheitswesen – wird sonst der Auftakt zu weiteren Aktionen sein.

**Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser in Niedersachsen**